



## KONJUNKTURREPORT

10. Jg., Ausgabe 1, März 2010

### Konjunkturerholung mit angezogener Handbremse

Zum Jahreswechsel hat sich die Erholung der **Weltwirtschaft** fortgesetzt. Dies ist wesentlich auf die wirtschaftspolitischen Stimulierungsmaßnahmen, die Stabilisierung des Finanzsektors sowie einen verringerten Lagerabbau zurückzuführen. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Produktion deutlich zu, während der Dienstleistungsbereich weniger stark expandierte. In den **Vereinigten Staaten** nahm die um Saison- und Kalendereffekte bereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 1,4 % zu. Positive Wachstumsbeiträge kamen insbesondere vom Lageraufbau und den privaten Konsumausgaben. Außerdem setzte sich die Erholung der Wohnbauinvestitionen fort, und die Unternehmensinvestitionen stiegen erstmals seit mehr als einem Jahr. Auch in **Japan** setzte sich der Aufschwung fort. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm um 1,1 % zu, nach einer Stagnation im dritten Quartal. Vor allem in den aufstrebenden Volkswirtschaften in **Asien** gewinnt der Aufschwung Konturen. Die Region wird zunehmend zur Lokomotive für die Weltwirtschaft. Bemerkenswert war wiederum die Stärke des Aufschwungs in China. Dort nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im letzten Quartal im Jahresvergleich um 10,7 % zu, nach 8,7 % im Gesamtjahr 2009. Auch in **Lateinamerika** setzte sich die Konjunkturerholung fort.

Einer ersten Schätzung zufolge ist die saison- und arbeitstägig bereinigte gesamtwirtschaftliche Produktion in der gesamten **Europäischen Union (EU27)** und im **Euroraum** im vierten Quartal nur um 0,1 % gestiegen, nach 0,3 % (EU27) bzw. 0,4 % (Euroraum) in den vorangegangenen drei Monaten. Für das Gesamtjahr 2009 ergibt sich ein Rückgang um 4,1 % (EU27) bzw. 4,0 % (Euroraum).

(Fortsetzung Seite 8)

### Budgetsanierung

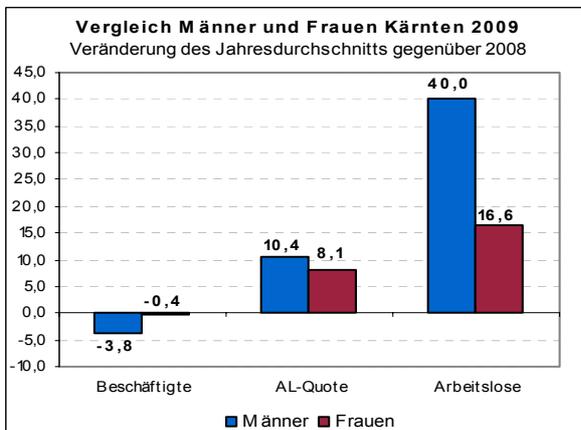
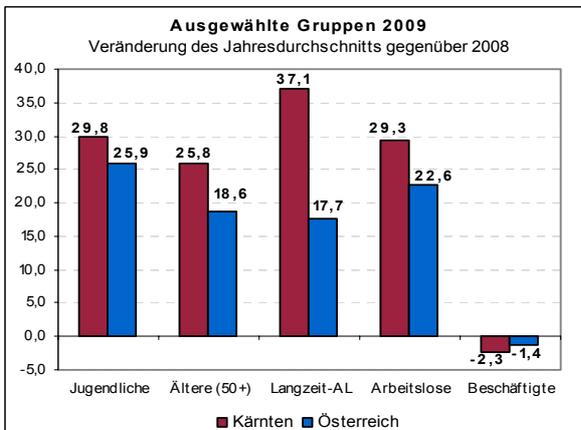
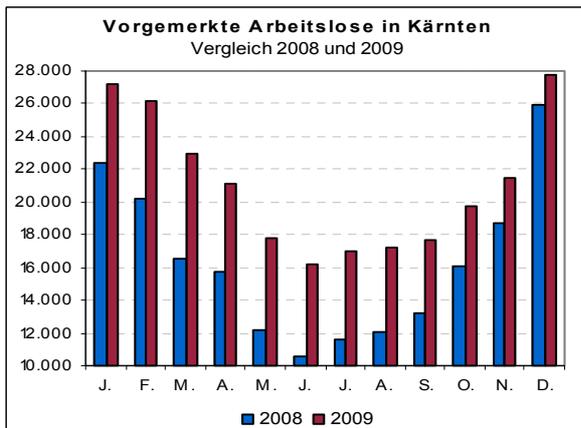
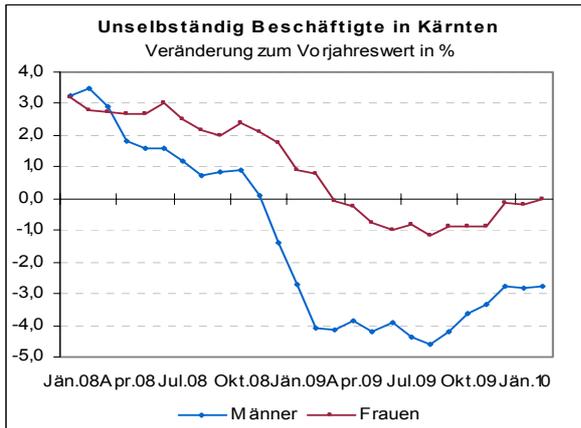
Sparen und Reformen sind angesagt: einmeseitig hat das Land praktisch keine Handlungsmöglichkeiten (vielmehr schwinden die Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben), eine Verschiebung von Ausgabe-Lasten zu den Gemeinden scheidet ebenfalls aus (vielmehr sollte umgekehrt das Land den Gemeinden aus ihrer Budgetnot helfen) und die Dynamik großer Ausgabenblöcke im Landesbudget dauert unvermindert fort.

Die eine oder andere „Event“-Veranstaltung oder ungezielte Transfers wie Schul- und Jugendstartgeld zu streichen, wird das Problem nicht lösen, auch wenn viele relativ kleine Beiträge durch Kürzungen über alle Aufgabebereiche des Landes hinweg zusammen eine ordentliche Summe ergeben. Die Riesenaufgabe der Sanierung des Budgets und der Rückführung des Schuldenstands auf ein erträgliches Niveau erfordern vielmehr eher radikale Maßnahmen – die, wenn überhaupt, nur in einer Situation möglich sind, wo „sonst nichts mehr geht“ und den Menschen im Lande auch bewusst ist (bewusst gemacht werden kann), dass eben solche radikalen Maßnahmen notwendig sind. Dazu nur drei Beispiele.

Im Verwaltungsaufbau des Landes könnte auf die mittlere Ebene der Bezirkshauptmannschaften verzichtet und deren Aufgaben zum Teil durch das Land, zum Teil durch die Gemeinden übernommen werden. Um aus 132, großteils sehr kleinen Gemeinden leistungsfähigere Einheiten zu machen, müsste, wie anfangs der 1970er Jahre, zugleich eine Gemeindestrukturreform auf den Weg gebracht werden.

Neben der Schulabteilung der Landesregierung kümmert sich ein umfangreicher Apparat des Landesschulrates um das Geschehen in den Schulen. Eine höhere Autonomie der einzelnen Schulen, die auch aus ganz anderen Gründen wünschbar wäre, könnte auch hier

(Fortsetzung Seite 8)



Nachdem sich die Wirtschaftskrise bis Ende 2008 zunächst in einer Abschwächung des Beschäftigungswachstums ausgewirkt hat, vermindert sich die Beschäftigung, insbesondere von Männern, im gesamten Verlauf des Jahres 2009, während die Arbeitslosigkeit, verstärkt durch saisonale Faktoren, im laufenden Winter einen Höhepunkt erreicht. Im Februar beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 27.704 und liegt damit um 5,7 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 312.906; +3,7 %). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich allerdings verlangsamt und liegt mittlerweile wieder deutlich unter der 10%-Marke. Auch die Beschäftigungssituation stabilisiert sich zusehends; die Zahl der unselbständig Beschäftigten sinkt mit -1,4 % weniger als noch in den Vormonaten (Österreich: -0,7 %).

Während im Jahr 2008 die Kärntner Arbeitslosenquote mit 7,2 % den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1990 erreichte, lag diese im Jahr 2009 mit 9,3 % auf einem Rekordhoch (Österreich: 7,2 %). Laut Berechnungen des Arbeitsmarktservice Kärnten wäre die Arbeitslosigkeit ohne Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sogar auf jahresdurchschnittlich über 11 Prozent gestiegen.<sup>1</sup>

Besonders stark betroffen von der ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung waren – neben den üblichen Problemgruppen des Arbeitsmarktes – im Jahr 2009 vor allem die Männer; sie sind vielfach im produzierenden Bereich tätig, wo die Wirtschaftskrise am stärksten spürbar ist. So ist die Zahl der unselbständig beschäftigten Männer im Jahr 2009 um 3,8 % gesunken (Frauen: -0,4 %). Auch stieg die Zahl der arbeitslosen Männer im Jahresdurchschnitt um 40,0 %, während bei Frauen der Anstieg „nur“ 16,6 % betrug. Korrespondierend dazu liegt die Arbeitslosenquote von Männern im Jahr 2009 mit 10,4 % deutlich über dem Wert von Frauen (8,1 %). Merkwürdig hat auch die Zahl der Teilnehmer/innen an Schulungsmaßnahmen des AMS: +24,8 % im Jahresdurchschnitt 2009.

Trotz des prognostizierten Wirtschaftswachstums von rund 1,3 %<sup>2</sup> wird sich die Arbeitsmarktsituation im Jahr 2010 nicht wesentlich verbessern. Umso bedeutender werden Qualifizierungsmaßnahmen und andere Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wenn hier Kürzungen der Mittel, insbesondere des Finanzierungsbeitrages des Landes zum territorialen Beschäftigungspakt, notwendig werden, stellt die Effektivität des Einsatzes dieser Mittel eine umso größere Herausforderung dar.

R.K.

<sup>1</sup> Arbeitsmarktservice Kärnten (2009). *Geschäftsbericht 2009*. Klagenfurt.  
<sup>2</sup> IHS Wien (2009). *Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2011*. Wien.

## Serie Klimaschutz (XI): Weltklimakonferenz gescheitert

„Erfolgreich gescheitert“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 22. Dezember 2009 und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Trotz zwei Jahren der Vorbereitung und zwei Wochen intensiven Verhandels auf vielen Ebenen, wurde die Weltklimakonferenz in Kopenhagen ohne relevante Ergebnisse beendet. Selbst das Abschlussdokument (Copenhagen Accord<sup>3</sup>) wurde von der Versammlung lediglich „zur Kenntnis genommen“.

Ein kleiner Teilerfolg war zumindest der in Kopenhagen erzielte Minimalkonsens, die Erderwärmung auf weniger als 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Doch an keiner Stelle wird im Abschlussdokument erwähnt, wie, wann und von wem dieses Ziel erreicht werden soll. Zurzeit gibt es nicht einmal einen „Fahrplan“ für die weitere Vorgehensweise.

Konkret wird das Abschlussdokument lediglich bei der Zusage von zusätzlichen finanziellen Mitteln an Entwicklungsländer für die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen bzw. damit diese sich an die Folgen des Klimawandels anpassen können. Damit der Verhandlungsprozess überhaupt weiter statt findet, werden die Industriestaaten zwischen 2010 und 2012 einen Betrag von 30 Mrd. USD an Entwicklungsländer zahlen und stellen eine jährliche Hilfe von 100 Mrd. USD ab 2020 in Aussicht.

Das Scheitern der Klimaschutzpolitik auf internationaler Ebene zeigt, wie schwierig ein Interessensausgleich zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungs- bzw. Schwellenländern ist. Letztere streben danach, ihren Wohlstand zu erhöhen; Beschränkungen beim Verbrauch fossiler Brennstoffe würden ihren wirtschaftlichen Aufholprozess bremsen. Gleichzeitig steigt die Bevölkerungszahl gerade in den Entwicklungsländern stark an, so dass sich nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) der globale Energieverbrauch weiter erhöhen wird und in Folge auch keine Trendumkehr bei der Zunahme von Treibhausgasemissionen absehbar ist.<sup>4</sup>

Kopenhagen führte der EU auch ihre Ohnmacht vor Augen. Politische Ziele lassen sich auf internationaler Ebene nicht ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten durchsetzen. Solange die Vereinigten Staaten nicht entschlossen an der Seite der EU für internationale Verpflichtungen eintreten und gleichzeitig selbst ambitionierte Minderungsziele

akzeptieren, werden sich Staaten wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika nicht dazu bereit erklären, irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Der Stillstand in der internationalen Klimapolitik kann für die EU, aber auch für die österreichische Klimapolitik, zur doppelten Bürde werden und bringt die EU in eine strategisch schwierige Position. Einerseits hat sich die Union sehr ambitionierte Ziele gesetzt. Weicht man davon ab, besteht die Gefahr die Glaubwürdigkeit zu verlieren und das Scheitern eingestehen zu müssen. Verfolgt man andererseits unbeirrt, trotz des Fehlens weitreichender internationaler Vereinbarungen die selbst gesetzten Klimaschutzziele, wird die Wirtschaft der EU-Länder einseitig belastet und zugleich dem Weltklima dennoch nicht geholfen. Verringert die EU den Verbrauch fossiler Brennstoffe, so sinkt deren Weltmarktpreis und andere Verbraucher können sich über günstigere Preise freuen. Verbraucht wird das geförderte Erdgas, das Öl und die Kohle dann eben von China oder den USA und die europäischen Verbraucher werden mit hohen Emissionsvermeidungskosten belastet. Ein zusätzliches Engagement der Europäischen Union macht somit nur Sinn, wenn es einen globalen Emissionshandel gibt. Dass ein solcher in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird, ist in Anbetracht der jüngsten Entwicklung wohl nur Wunschdenken.

Wie soll es in der Klimapolitik nun weitergehen? Wie von den Vereinten Nationen in Kopenhagen gefordert, reichten die EU, die USA und China sowie weitere Länder ihre unverbindlichen Zusagen bis zum 31. Jänner 2010 schriftlich ein. Damit haben zumindest 55 Staaten, welche zusammen für mehr als 78 % der globalen Emissionen verantwortlich sind, freiwillige Pläne und Maßnahmen für die nächsten Jahre offen gelegt.

Abgesehen davon ist zu erwarten, dass auf internationaler Ebene auf absehbare Zeit Stillstand in der Klimapolitik herrscht. Als Konsequenz hat die EU ihre Ankündigung bereits fallen gelassen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 nicht um 20 %, sondern um 30 % zu reduzieren. Inwiefern das 20 Prozent-Ziel in Zeiten großer wirtschaftlicher Probleme politisch aufrecht zu halten ist, lässt sich zur Zeit nicht abschätzen. Da Österreich bereits bei der Erfüllung seiner Kyoto-Ziele weit hinterhinkt, ist es aus nationaler Sicht kein Schaden, dass keine weiteren Verpflichtungen eingegangen werden müssen.

In Anbetracht des Scheiterns der Weltklimakonferenz von Kopenhagen fordern viele Ökonomen, möglichen Anpassungsstrategien mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

<sup>3</sup> <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/107.pdf>

<sup>4</sup> IEA (2009). *World Energy Outlook 2009*, Paris.

Dabei müssen die Kosten des Klimawandels und die Vermeidungskosten gegenübergestellt werden. Ein Maß für die Schäden des Klimawandels sind die „sozialen“ Kosten je Tonne CO<sub>2</sub>. Zahlreiche internationale Publikationen beschäftigen sich mit diesem Thema und seriöse Studien beziffern die sozialen Kosten mit rd. € 4 pro Tonne CO<sub>2</sub>. Dieser Wert liegt jedoch deutlich unter dem Preis für Kohlendioxid an der europäischen Energiebörse. Der Ökonom Richard Tol interpretiert diesen Umstand so, dass die Europäer deutlich zu viel für die Vermeidung einer Tonne CO<sub>2</sub> zahlen oder dass ihnen deutlich mehr an der Zukunft liegt als anderen auf der Welt.<sup>5</sup> Eine interessante Sichtweise, welche zugleich ein Sinnbild der Orientierungslosigkeit der internationalen Klimapolitik ist.

M.B.

### Wo steht die österreichische Familienpolitik im europäischen Vergleich

Vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln wurde anhand eines **Familienfreundlichkeitsindex** die Familienpolitik von 19 europäischen Ländern verglichen.<sup>6</sup> Analysiert wurden fünf Schlüsselziele der Familienpolitik (hohe Geburtenrate, hohe Erwerbstätigkeit von Frauen, hohes Bildungsniveau der Kinder, geringe Familienarmut und Gleichstellung von Mann und Frau) und drei Handlungsfelder auf der Instrumentenebene (finanzielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit). Für jedes Land wurden die einzelnen Kennziffern in dimensionslose Punktwerte transformiert und auf einem Intervall von 0 bis 100 skaliert.

Beim Zielfeld „**hohe Geburtenrate**“ wird Österreich an die 14. Position (32,3 Punkte) gereiht. Obwohl die Fertilitätsrate in Österreich von 2001 auf 2006 leicht gestiegen ist, ist der Anteil der Frauen ohne Kinder gleichzeitig von 17 auf 21% gestiegen. Der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern liegt in Österreich bei 18,9 %. Deutschland stellt bei der Geburtenrate das Schlusslicht dar; Platz 1 und 2 gehen an Norwegen (72,3 Punkte) und Frankreich (70,9 Punkte).

Bei der **Frauenerwerbstätigkeit** liegt Österreich im guten Mittelfeld und erreicht mit 60,1 Punkten Platz 9. Die Erwerbsquote von Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahren ist, liegt in Österreich bei 60,5 %. Die Erwerbsquote von gering qualifizierten Frauen liegt bei

50,2 % und bei hochqualifizierten bei 82 %. Ganz vorne findet man Schweden und Norwegen mit mehr als 95 Punkten.

Im Zielfeld „**hohes Bildungsniveau der Kinder**“ werden sowohl der allgemeine Bildungsstand (Ergebnisse der PISA-Studie), als auch Aspekte der Bildungsarmut berücksichtigt. Österreich bewegt sich bei beiden Indikatoren im Mittelfeld. Finnland belegt – mit deutlichem Abstand zu den übrigen Ländern – mit 95,2 Punkten Platz 1.

Für das Ziel „**geringe Familienarmut**“ betont die OECD, dass die Erfahrung von Armut in der Kindheit die weitere Entwicklung von Kindern schädigt. Für Österreich zeigt sich, dass die Kinderarmut bei Alleinerziehenden besonders stark zugenommen hat. Lag der Anteil 2001 bei 23 %, betrug er 2007 bereits 31 %. Lediglich bei Familien mit drei und mehr Kindern konnte der Anteil der Kinderarmut von 23% auf 19 % gesenkt werden. Insgesamt wird Österreich mit 62,2 Punkten auf Platz 9 gereiht. Die an den vordersten Plätzen gelisteten nordischen Ländern erreichen Werte über 85 Punkten.

Bei der „**Gleichstellung von Mann und Frau**“ befindet sich Österreich mit 45,9 Punkten auf Platz 13 und damit im unteren Drittel. Besonders hoch ist in Österreich die geschlechtsspezifische Lohnlücke. So verdient in Österreich eine Frau brutto pro Stunde fast 26 % weniger als ein Mann, während in Italien der Unterschied lediglich 4,4 % beträgt.

Werden die Ergebnisse der fünf Zielfelder gleich gewichtet zu einem Zielindex zusammengefasst, so erreicht Österreich Platz 9 (51,2 Punkte) und liegt damit in einem breiten Mittelfeld. Die Länder Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark liegen mit deutlichem Abstand an der Spitze. Am Ende rangieren Italien, Spanien und Griechenland.

Auf der Instrumentenebene wird Österreich bei der „**finanziellen Unterstützung**“ mit 65,4 Punkten unter die Top drei gereiht. Nur in Deutschland und Frankreich fällt die finanzielle Unterstützung noch größer aus. Besonders hoch fallen in Österreich die staatlichen Ausgaben für familienbezogene monetäre Transfers aus (2,4 % des BIP).

Dagegen weist Österreich eine äußerst schlechte Platzierung im Handlungsfeld „**Infrastruktur**“ auf (Platz 15). Beispielsweise gibt Österreich nur 0,5 % des nominalen BIP für familienbezogene Infrastruktur aus, während es in Schweden, Dänemark oder Frankreich 1,6 % sind.

<sup>5</sup> Tol, R., *Die Kosten des Klimawandels*, Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23. November 2009.

<sup>6</sup> Diekmann L., Plünnecke A. (2009): Familienfreundlichkeitsindex-Deutsche Familienpolitik im europäischen Vergleich, Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Während in Dänemark 61,7 % der unter Dreijährigen eine Betreuungseinrichtung besuchen, sind es in Österreich lediglich 6,6 %. Bei den Drei- bis Fünfjährigen liegt der Anteil in Österreich bei knapp unter 75 % (Dänemark 90 %, Frankreich 100 %). Gerade das Betreuungsangebot für Drei- bis Fünfjährige spielt eine wesentliche Rolle für die Erwerbstätigkeit von Frauen – und damit verbunden – die Bekämpfung von Kinderarmut.<sup>7</sup>

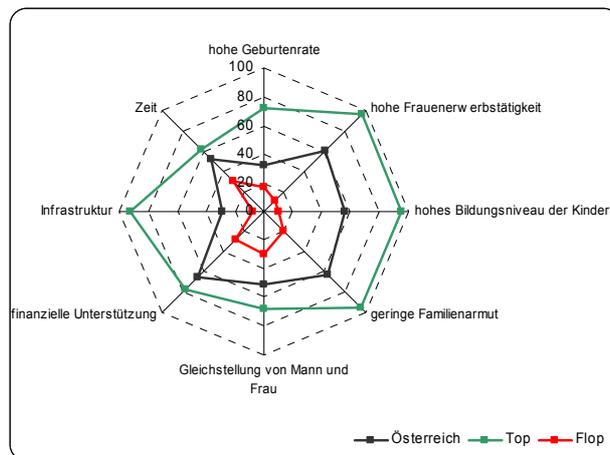
Im Handlungsfeld „Zeit“ erreicht Österreich eine relativ gute Platzierung. Berücksichtigt wurden dabei die Flexibilität der Arbeitsteilung, die effektive Elternzeit gewichtet mit dem Lohnanteil des Verdiensts, die Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei Wiedereinstieg ins Berufsleben sowie die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Werden die Ergebnisse der drei Handlungsfelder gleich gewichtet zu einem Index zusammengefasst, so erreicht Österreich Platz 11 (48,7 Punkte) und liegt damit in einem breiten Mittelfeld. Die Länder Dänemark, Norwegen und Frankreich liegen an der Spitze (über 63 Punkte).

Die folgende Abbildung fasst die Situation der österreichischen Familienpolitik zusammen. Bemerkenswert ist, dass es Länder gibt, die im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit, des Bildungsniveaus der Kinder, der geringen Familienarmut und der Infrastruktur fast an das Maximum von 100 Punkten herankommen, während Österreich bezüglich dieser Indikatoren im Durchschnitt an die 60 Punkte erreicht; im Falle der Infrastruktur wie auch bei der Geburtenrate nicht einmal 30 Punkte. Relativ gut schneidet Österreich bei der finanziellen Unterstützung und der Zeit ab, wobei hier auch die bestplatzierten Länder mit 80 bzw. 60 Punkten noch erhebliches Entwicklungspotential aufweisen.

Im Durchschnitt bilden Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen hinsichtlich des Zielindex eine Spitzengruppe; hinsichtlich des Handlungsindex erreichen Dänemark, Norwegen und Frankreich die besten Bewertungen. Die genannten Ländern haben im Gegensatz zu Österreich hohe Geburtenraten und bieten eine gut ausgebaute Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie an.

Abb.: Vergleich der Ziel- und Handlungsindikatoren



P.R-L.

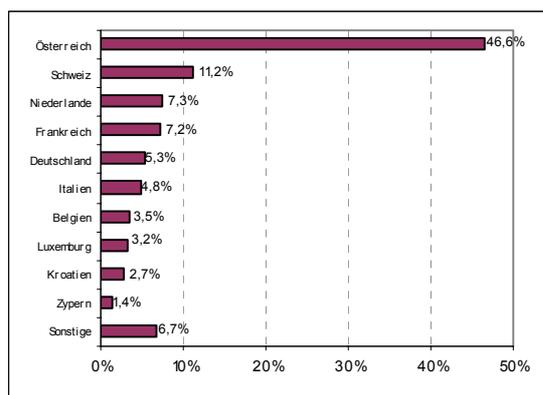
### Slowenien als Investitionsstandort

Slowenien lockt als Investitionsstandort ein breites Spektrum von internationalen Investoren an. Insbesondere die zentrale Lage am Kreuzungspunkt wichtiger Transportwege (z.B. wichtiger Adria-Hafen), die gut entwickelte Infrastruktur im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Cluster und Technologienetze machen das Land zu einem bevorzugten Standort für viele Geschäftsbereiche. Zudem gilt Slowenien durch die zentrale Lage als Brückenkopf zu den aufstrebenden Märkten des Balkans und Osteuropas. Ein weiteres Potenzial stellen die gut ausgebildeten Arbeitskräfte dar. Eine Reihe von Investoren, wie Bosch Siemens, Goodyear, Microsoft, Mobilkom, Novartis oder Renault haben die Vorteile Sloweniens bereits erkannt.

Die Schaffung einer attraktiven und stimulierenden Investitionsumgebung stellt für die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens eine wichtige Herausforderung dar. Für ausländische Investoren wurde ein Anreizsystem entwickelt, mit dem Ziel, Sloweniens wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln sowie die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken. Gefördert werden Investitionsvorhaben (mit einem Volumen von mehr als € 0,5 Mio.), die zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Mittel- und Hochtechnologiesektor, zu Transfers von neuen Technologien und Know-how sowie zu Kooperationen zwischen lokalen und ausländischen Unternehmen führen.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Huster E.-U., Benz B., Boeckh J. (2007): Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children – A study of National Policies, Brüssel.

<sup>8</sup> Dieses investitionspolitische Förderinstrument wurde auch für ausländische Investoren konzipiert, die bereits in Slowenien tätig sind, aber ihre Kapazitäten ausweiten und aufwerten möchten.

**Abbildung 1: Ausländische Direktinvestitionen in Slowenien nach Ländern, 2008**

Quelle: Bank of Slovenia

Die ausländischen Direktinvestitionen in Slowenien betragen im Jahr 2008 insgesamt rd. € 11,0 Mrd. Verglichen mit dem Jahr 2004 haben sich die Direktinvestitionen beinahe verdoppelt (+97,1 %); von 2007 auf 2008 sind die ausländischen Direktinvestitionen um 12,6 % angestiegen. Der Großteil der Direktinvestitionen (€ 5,1 Mrd. oder 46,6 %) stammt aus Österreich. Österreich hat gegenüber dem Jahr 2007 seinen Direktinvestitionsanteil in Slowenien um 2,3 Prozentpunkte ausgebaut.

Nach Branchen betrachtet, fallen 44,9 % der Direktinvestitionen in den Bereich Finanzdienstleistungen. Zusammen rund € 1,4 Mrd. (13,1 %) wurden im Groß- und Einzelhandel investiert. Auch die übrige Sachgüterproduktion (€ 1,1 Mrd., 9,9 %) sowie die sonstigen Dienstleistungen (€ 757 Mio., 6,9 %) spielen bei der ausländischen Investitionstätigkeit in Slowenien eine wichtige Rolle.

**Tabelle 1: Ausländische Direktinvestitionen in Slowenien nach Branchen, 2008**

Branche	in Mio. Euro	in %
Finanzdienstleistungen	4.933,8	44,9%
Großhandel	798,7	7,3%
Einzelhandel	642,6	5,8%
Herstellung von Fahrzeugen	282,2	2,6%
Energie- und Wasserversorgung	280,1	2,5%
Papierindustrie	259,9	2,4%
Gummi- und Kunststoffindustrie	251,9	2,3%
Telekommunikation	228,0	2,1%
Verkauf, Reparatur von Kfz	220,6	2,0%
Immobilienwesen	220,5	2,0%
Sonstige Produktion	1.085,6	9,9%
Sonstige Dienstleistungen	757,3	6,9%
Sonstiges	1.035,2	9,4%
<b>Summe</b>	<b>10.996,4</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: Bank of Slovenia

Der zentrale Ansprechpartner für ausländische Investoren in Slowenien ist die Agentur JAPTI des slowenischen Wirtschaftsministeriums. Durch die globale Vermarktung und Förderung von Slowenien als Wirtschaftsstandort sollen zusätzliche bzw. neue ausländische Direkt

investitionen gewonnen sowie bestehende Investitionen erhalten werden.<sup>9</sup>

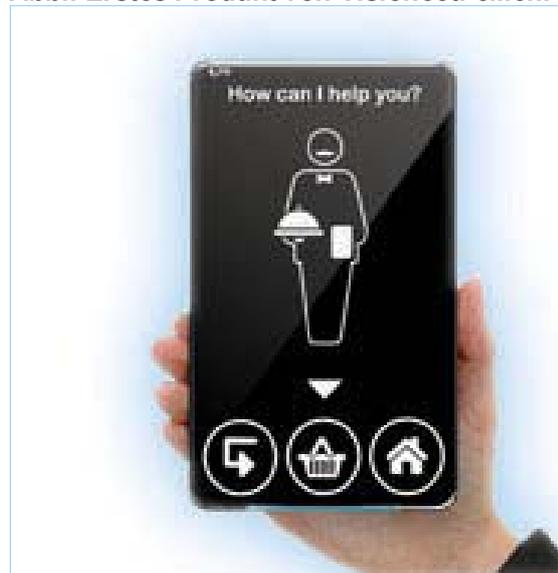
A.K.

### Who is Who in Slovenian Business (26): Visionect d.o.o.



Visionect d.o.o. ist ein 2007 gegründetes start-up Unternehmen und als solches aktives Mitglied des Laibacher Technologieparks sowie des Inkubators der Laibacher Universität.

Mit insgesamt fünf Beschäftigten entwickelt und produziert das Elektronikunternehmen drahtlose interaktive Displaysysteme die individuell an spezifische Kundenwünsche angepasst werden können. Ihr erstes innovatives Produkt trägt den Namen „eMenü“. Dabei handelt es sich um ein drahtloses digitales Informations-, Bestell- und Reservierungssystem für die Hotellerie- und Gastronomiebranche, das man als „persönlichen interaktiven Assistenten“ bezeichnen kann. Das elektronische Gerät (E-paper-Technologie), das in jedem Zimmer aufliegt, ermöglicht mittels einfacher Berührung des Displays den Zugriff auf das gesamte Info- und Serviceangebot eines Hotelbetriebes (aktueller Stand der Hotelrechnung, Express Check-out im Zimmer, etc.) sowie auf Angebote von Partnerbetrieben (wie Autovermietung, Shuttle-Services, Wetterdienst, Wellness-, Sport- oder Ausflugsanbieter). Ein besonderer Vorteil des Systems ist, dass damit Sprachbarrieren bei Bestell-, Buchungs- oder Reservierungswünschen überwunden werden können, nach dem Motto: „Let your fingers do the talking“.

**Abb.: Erstes Produkt von Visionect: eMenü**

Quelle: Visionect d.o.o.

<sup>9</sup>Vgl. <http://www.investslovenia.org> und <http://www.bsi.si/en>

Die gespeicherten Info- und Serviceangebote stehen dem Gast zentral und rund um die Uhr zur Verfügung; Inhalte, wie auch personalisierte (Werbe)Nachrichten, können – im Gegensatz zu Drucksachen – in Sekundenschnelle „updated“ werden.

Durch die automatische elektronische Erfassung von Kundenwünschen erhält der Hotelbetrieb ein Feedback zu den vom Kunden geäußerten Vorlieben und Freizeitinteressen. Das System soll die Arbeitslast der MitarbeiterInnen, insbesondere an der Rezeption, reduzieren und ihnen damit mehr Freiraum bieten, sich um besondere Anliegen der Gäste zu kümmern. In seiner Gesamtheit verspricht das System die Produktivität im Hotelbetrieb zu steigern, die Kosten zu reduzieren und den Umsatz - nicht zuletzt durch die Stimulation impulsiven Kaufverhaltens - zu erhöhen.

Neben den genannten Anwendervorteilen zeichnen sich die von *Visionect* entwickelten Geräte aufgrund der zum Einsatz kommenden Schlüsseltechnologien (bistabile Displaytechnik<sup>10</sup>, kosteneffektive Netzwerktechnologie, innovatives Programmierkonzept) durch einen extrem geringen Energiekonsum und eine hohe Robustheit aus.

Mit ihrer Produktidee *eMeni* schaffte es das Unternehmen unter die acht Finalisten des „Start: up Slovenija“-Wettbewerbs im Jahr 2008. Im Zuge des vierten slowenischen „Forums der Innovation“ wurde *Visionect* zu einem der innovativsten slowenischen Unternehmen des Jahres 2009 gewählt. Beim diesjährigen globalen Start-up Wettbewerb für mobile Technologien, dem „Mobile Premier Award“ schaffte es *Visionect* in den Kreis der 20 Finalisten.

**Kontakt:** *Visionect d.o.o.*  
 Barjanska cesta 62, 1000 Ljubljana  
<http://www.visionect.si/>; email: [info@visionect.si](mailto:info@visionect.si)  
 Tel.: +386 1 620 34 89, Fax: +386 1 620 34 97

A. M.

### **Hidden Champions (32): Glaunach GmbH**

Die Firma Glaunach GmbH ist ein erfolgreiches Kärntner Familienunternehmen mit Sitz in Klagenfurt, das von Herrn Alexander Glaunach in der dritten Generation geführt wird.

Geschäftsfeld des Unternehmens bildet seit dem Gründungsjahr 1950 der industrielle Lärmschutz, die ursprüngliche Produktschiene im Bereich der Schall- und Schwingungsisolierung von Gebäuden und Industrieanlagen

hat sich dabei hin zu Ausblaseschalldämpfern für Wasserdampf und Gase gewandelt.

In jenen industriellen Bereichen, in denen Gase unter Druck stehen und über ein Sicherheitsventil ausgeblasen werden, kommt es während des Ausblasens zu einer anhaltenden, hohen Lärmbelastung. Die im Unternehmen entwickelte Technologie führt in hohem Maße zu einer Lärminderung, die in etwa der Reduktion des Schallpegels eines Raketenstarts auf normalen PKW-Verkehrslärm entspricht. Die Fertigung des Druckteils der Lärmschutzelemente, die auf die Ventilausblasleitungen aufgesetzt werden und einen Durchmesser von 0,5-3 Metern aufweisen, erfolgt im Klagenfurter Betriebsstandort, die Schalldämpfergehäuse werden u.a. in der Slowakei gefertigt. Logistik und Assembling werden von der Firma Glaunach vorgenommen, der Einbau vor Ort erfolgt durch den jeweiligen Auftraggeber.

Die Firma Glaunach ist ein global tätiges Unternehmen mit einem Jahresumsatz von € 3,6 Mio. (2009) und Exporten in über 80 Länder. Heimische Referenzen sind beispielsweise die VOEST, KELAG und OMV. Das Unternehmen setzt – um sich von in Indien und China fertigenden Konkurrenten abzuheben - auf Qualitätswettbewerb. Aus diesem Grund sind kompetente Mitarbeiter (7 Mitarbeiter in der Produktion, 10 Mitarbeiter/innen in der Konstruktion und Verwaltung) ein wichtiger Erfolgsfaktor des Unternehmens.

Innovation ist die Triebfeder zur Erreichung von Wettbewerbsvorteilen: So stand im Zentrum eines von der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterstützten und von der Carinthian Tech Research (CTR) betreuten Projektes die Untersuchung von Ausströmprozessen an Erdgaspipelines und die Entwicklung eines neuartigen Erdgasschalldämpfers. Auch wurde die weltweit einzigartige, voll automatisierte Fertigung zur Bearbeitung von Schalldämpferdrosseln im Unternehmen entwickelt.

Weiteres Entwicklungspotential sieht das Unternehmen in der Verkleinerung und Gewichtsreduktion der Produkte. Das Unternehmen, das am Standort mit neuer Produktions- und Lagerhalle noch Kapazitäten aufweist, setzt auf Wachstum.

Die hohe Innovationskraft des Unternehmens wurde mit dem Innovations- und Forschungspreis des Landes Kärnten im Jahr 2009 und der Nominierung zum österreichischen Staatspreis „Econovius“ belohnt, weiters erreichte die Firma Glaunach im selben Jahr den zweiten Platz beim Kärntner Exportpreis.

M.S.

<sup>10</sup> Bistabile [Displays](#) (wie elektronisches Papier, E-paper genannt) können ihr einmal eingegebenes Bild ohne weiteren Energiebedarf darstellen, was eine äußerst lange Batteriebensdauer zur Folge hat.

**Fortsetzung: Konjunktur**

Im Schlussquartal stagnierte das BIP in Deutschland. In Italien, Spanien und Griechenland ging es zurück, während Frankreich und erstmals seit längerem auch das Vereinigte Königreich Anstiege verzeichneten. Auch in Mittel- und Osteuropa verlief die Entwicklung uneinheitlich. In Ungarn und der Slowakei verbesserte sich die Konjunktur, während sie sich in Tschechien und Rumänien verschlechterte.

Verschiedene Frühindikatoren sprechen für eine Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Dies beruht vor allem auf verbesserten Aussichten für den Welthandel. Bremsend wirken hingegen das Auslaufen der expansiven Wirtschaftspolitik, die steigende Arbeitslosigkeit sowie die anhaltenden Korrekturen im Finanzsektor mit möglichen negativen Wirkungen auf die Kreditvergabe der Banken.

In **Österreich** nahm die um Arbeitstage- und Saisoneffekte bereinigte Wirtschaftsleistung im Zeitraum Oktober bis Dezember um 0,4 % zu, nach 0,5 % im dritten Quartal. Die Exportwirtschaft profitierte weiterhin von der Erholung des Welthandels. Trotz der zunehmenden Arbeitslosigkeit stützte auch der Konsum der privaten Haushalte, wie im gesamten Jahr, die Konjunktur. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen abermals ab, der Rückgang schwächte sich aber ab. Auch bei den Bauinvestitionen verringerte sich die Abwärtsdynamik. Während die Wohnbauinvestitionen weiter kräftig schrumpften, profitierten die sonstigen Bauinvestitionen von den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Entstehungsseitig stieg vor allem die Produktion der Sachgütererzeugung deutlich. Die Perspektiven für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind verhalten positiv. Die heimische Wirtschaft profitiert von der weltwirtschaftlichen Belebung, insbesondere in Asien. Auch die jüngste Abschwächung des Euro-Wechselkurses stützt die Exporte. Dies wirkt wiederum positiv auf die Sachgüterproduktion und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Die steigende Arbeitslosigkeit belastet hingegen den privaten Konsum, und die geringe Auslastung der Produktionskapazitäten sowie die schwierigen Finanzierungsbedingungen bieten wenig Investitionsanreize.

In **Kärnten** sank die Industrieproduktion im Durchschnitt der ersten elf Monate 2009 im Jahresvergleich um 12,6 % (Österreich: -10,6 %). In der Sachgütererzeugung ging die Produktion im Zeitraum Jänner bis Oktober in Kärnten um 16,5 % zurück, verglichen mit einem Rückgang um 15 % in ganz Österreich. Gemäß einer Umfrage der Industriellenver-

einigung hat sich der positive Trend im vierten Quartal 2009 nicht fortgesetzt. Die Unternehmen beurteilten ihre Produktionstätigkeit und die Auftragsbestände skeptischer. Auch die Beschäftigungsperspektiven verschlechterten sich.

K.W.

**Fortsetzung: Kommentar**

die mittlere Ebene weitgehend entbehrlich machen. Auch das Engagement des Landes zur Erhaltung kleiner Schulen im ländlichen Raum und bei den landwirtschaftlichen Schulen müsste auf den Prüfstand.

Im kostenexpansiven Gesundheitsbereich liegen Kompetenzen des Landes vor allem bei der Infrastruktur der Krankenanstalten. Hier muss es möglich sein, über eine als Konzernführung ausgestaltete KABEG durch weitreichende Reduktion von Akutbetten, verstärkte Schwerpunktbildung der einzelnen Häuser, aber auch die Umwandlung von Standorten in Einrichtungen der Pflegeversorgung oder Gesundheitszentren zu Ausstattungskennziffern zu kommen, wie sie internationalen Vergleichsmaßstäben entsprechen.

Wenn vom Landesbudget rd. ein Drittel auf die Personalkosten entfällt, kann man kurzfristig durch Null-Lohnrunden und einen Aufnahme- und Beförderungsstopp erhebliche Einsparungen erreichen. Das Ziel einer Verwaltungsreform muss jedoch in Verbesserungen von Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand liegen – nicht nur des Landes, sondern auch im Verhältnis von Bund, Land und Gemeinden. Wenn das Land hier im Diskussionsprozess um die Staats-, Verwaltungs- und Finanzverfassungsreform eine aktive Rolle übernimmt, kann es dem Ansehen des Landes nicht schaden.

H.J.B

**Impressum**

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** info@carinthia.ihs.ac.at  
**Website:** www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 08.03.2010